

1/1997

Generalsekretär Peter Hintze: *Sehr geehrte/r*

Aufgabe Nummer eins: Arbeitsplätze schaffen

Mit „Vorwahljahr“ und „Schlüsseljahr für die europäische Einigung“ hat Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz am 11. Januar im Anschluß an die Klausurtagung des Bundesvorstands der CDU in Windhagen das Jahr 1997 charakterisiert und sowohl auf die großen politischen Entscheidungen in der Steuer- und Sozialpolitik verwiesen als auch auf die Erwartung des Bundeskanzlers, daß die wichtigen Weichenstellungen für die weitere europäische Integration in diesem Jahr stattfinden werden.

Nach Berichten des Bundeskanzlers zur außen- und innenpolitischen Lage, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Parlamentsarbeit und des Generalsekretärs zur Arbeit der Partei hat sich der Bundesvorstand mit den zentralen Fragen befaßt:

- Wie können wir die inzwischen wieder deutlich spürbare Wachstumsdynamik in Deutschland weiter unterstützen?
- Wie können wir Beschäftigung fördern und bei Sicherung vorhandener Arbeitsplätze neue Arbeitsplätze schaffen?

Nachdem 1996 die notwendigen Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht worden sind, ist in diesem Jahr mit einer Wachstumswende zu rechnen, die – so Hintze – auch

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● CDU/CSU

Wolfgang Schäuble: Wir bauen die Zukunft. Aus dem Brief des Fraktionsvorsitzenden zum Jahresbeginn an die Mitglieder der Fraktion. Seite 7

● Zum Jahreswechsel

Peter Hintze: Ein Jahr großer Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen. Aus dem Jahreswechselbrief des Generalsekretärs. Seite 11

● Hessen

Rot-Grün: Nein-Sager verspielen die Zukunft. Seite 14

● Beschäftigung

Arbeitsplätze durch Haushaltscheck und Steuervergünstigung. Seite 23

● Innere Sicherheit

1997 - Keine Chance für Organisierte Kriminalität. Von Erwin Marschewski. Seite 29

● Dokumentation

Stichtag 1. Januar 1997. Wichtige Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen, die am 1. Januar 1997 in Kraft getreten sind. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

alle Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren.

Peter Hintze: Wir können also davon ausgehen, daß in diesem Jahr die Beschäftigung wieder anziehen und 1997 im Zeichen von „Weiter für Wachstum **und** Beschäftigung“ stehen wird.

Aus Expertenaussagen, z. B. von Prof. Fels vom Institut der Deutschen Wirtschaft, von Prof. Pohl vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle sowie des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, aber auch in der anschließenden Diskussion unter Leitung des Bundeskanzlers ist deutlich geworden, daß ein breites Instrumentarium zur Verfügung steht, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten auch in größerem Umfang zu schaffen.

Peter Hintze: Um so dringender noch einmal unser Appell an die Unternehmen, Betriebe und Kammern, dieses Instrumentarium zu nutzen und wirksam werden zu lassen.

Fünf Forderungen stehen im Mittelpunkt der politischen Anstrengungen dieses Jahres:

- Wir wollen die Gewerbekapitalsteuer als arbeitsplatzhemmende Substanzbesteuerung abschaffen und werden deshalb einen entsprechenden neuen Anlauf dazu unternehmen.
- Wir brauchen dringend eine weitere Senkung der Arbeitskosten.
- Wir werden mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortfahren.
- Wir brauchen mehr Raum für unternehmerisches Handeln, insbesondere für Existenzgründungen im Bereich des industrienahen Mittelstands.
- Der Aufbau Ost braucht weiteren Schub und verträgt gerade jetzt kein Nachlassen.

Drei Beschlüsse hat der Bundesvorstand in Windhagen gefaßt:

- zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- zu aktuellen Fragen der Steuerpolitik
- zur Europäischen Währungsunion.

(Wortlaut der Beschlüsse: Seite 4-6)

Ziel: Arbeitslosigkeit halbieren

Wie der Generalsekretär bei der Vorstellung dieser Beschlüsse vor der Presse erklärte, war ein wichtiges Ergebnis der mehrstündigen Beratungen in Windhagen: Die öffentliche Skepsis gegenüber dem ehrgeizigen Ziel, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren, ist nicht ge-rechtfertigt.

Peter Hintze: Wenn wir konsequent den Weg weitergehen, wie er im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschrieben ist, konsequent die Haushalte konsolidieren, den Anstieg der Sozial- und Arbeitskosten bremsen, alle Beschäftigungschancen wahrnehmen, dann können wir das Ziel erreichen. Auch der Bundeskanzler hat das noch einmal nachdrücklich unterstrichen.

Sozialpartnerschaft erhalten

Zu den Instrumenten, die Beschäftigungschancen eröffnen, gehört jedenfalls nicht, was in einer Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministers in den letzten Tagen für Aufregung gesorgt hat.

Peter Hintze: Die CDU ist nicht bereit, die Demontage des Arbeitsrechts mitzutragen, wie sie Günter Rexrodt vorgeschlagen hat. Die CDU ist und bleibt die Partei der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Der soziale Friede ist für uns ein hohes Gut, das nicht gefährdet werden darf.

Bildungspolitik

Unter einem beträchtlichen Reformstau leidet die Bildungspolitik. Bundesfamilienministerin Claudia Nolte und Bundesbildungminister Jürgen Rüttgers haben

Freiheit in sozialer Verantwortung

Zu einer Festveranstaltung aus Anlaß von 50 Jahren Ahlener Programm hat Generalsekretär Peter Hintze nach Ahlen eingeladen.

Die Veranstaltung findet am 3. Februar in der Ahlener Stadthalle statt und erinnert an die Verabschiedung eines wirtschafts- und sozialpolitischen Aktionsprogramms durch den Zonenausschuß der CDU für die Britische Zone in Ahlen/Westfalen am 3. Februar 1947.

Das Programm strebt eine Wirtschaftsordnung an, „die die Mängel

der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeiten zum technischen Fortschritt der schöpferischen Initiative des einzelnen überläßt“.

Peter Hintze: Die Soziale Marktwirtschaft hat in diesem Gedanken eine ihrer wesentlichsten Wurzeln.

Prominente Redner der Festveranstaltung: der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Peter Hintze, der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Rainer Eppelmann, und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

das – aus der Sicht ihrer jeweiligen Resorts – übereinstimmend festgestellt.

1998 klare Richtungsentscheidung

Rot-Grün und Dunkelrot gegen die politische Mitte – das ist der Verlauf der scharfen Linie, an der die Auseinandersetzung im Wahljahr 1998 stattfinden wird. In den Schatten, die die Bundestagswahl vorauswirft, zeichnet sich wieder eine Richtungsentscheidung ab, die möglicherweise sogar noch schärfer sein wird als die von 1994.

Daran ändern auch Erklärungen nichts, die diese Woche von den Grünen abgegeben worden sind.

Peter Hintze: Mich beschäftigt an der sogenannten Wörlitzer Erklärung, die das Versprechen enthält, nicht mit der PDS zusammenzuarbeiten, eines: Die Stadt, deren Namen diese Erklärung trägt, liegt ausgerechnet in dem Bundesland, nämlich Sachsen-Anhalt, in dem die Grünen dieses Wort bereits gebrochen haben.

Schamloser Aufruf

Zur sogenannten „Erfurter Erklärung“ erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die „Erfurter Erklärung“ ist durchtränkt von der gescheiterten sozialistischen Ideologie. Wer den Sozialstaat sichern will, muß das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung der Koalition unterstützen. Wer statt dessen nach Rot-Grün-Dunkelrot ruft, legt die Axt an die Wurzeln unserer sozialen Sicherheit.

Der schamlose Aufruf zur Zusammenarbeit mit der PDS zeugt von einer erschütternden Ignoranz gegenüber den Opfern von Mauer und Stacheldraht. Ich fordere SPD-Chef Lafontaine auf, umgehend klarzustellen, ob die SPD-Unterzeichner die Rückendeckung des SPD-Vorstandes für die offene Zusammenarbeit mit der PDS haben.

Die Zahl der Arbeitslosen muß deutlich vermindert werden

Beschluß des Bundesvorstandes vom 11. Januar in Windhagen:

1. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt das wichtigste innenpolitische Ziel in Deutschland. Mehr als 4 Millionen Arbeitslose sind eine Herausforderung nicht nur für Tarifparteien, Unternehmen und Politik, sondern für das ganze Land. Eine deutliche Verminderung der Zahl der Arbeitslosen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine menschenwürdige Zukunft von Millionen von Menschen und ihren Familien und für die dauerhafte Stabilität der Demokratie in Deutschland.

2. Der Bundesvorstand der CDU hält an dem am 23. Januar 1996 zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften vereinbarten Ziel fest, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn alle gemeinsam dies wollen und ihre übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Die besonderen Stärken des Standortes Deutschland – hohe Qualifikation der Arbeitnehmer, Forschung und Technologie, Infrastruktur, Umwelttechnologie – bieten dafür gute Voraussetzungen.

3. Der Bundesvorstand begrüßt es, wenn die Gespräche zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Dies sollte auf allen Seiten ohne Vorbedingungen und Tabus geschehen.

4. Der Bundesvorstand bekräftigt seine Überzeugung, daß der Aufbau Ost fortgesetzt werden muß. Alle Beteiligten – insbesondere Politik, Wirtschaft und Gewerk-

Klausurtagung des CDU Bundesvorstandes in Windhagen am 10./11. Januar 1997

schaften – müssen dazu ihren eigenverantwortlichen Beitrag leisten. Dabei spielt die Verbesserung der Infrastruktur eine wichtige Rolle.

5. Der Bundesvorstand hält es für richtig, den in der jetzigen Lohnrunde eingeschlagenen Weg einer zurückhaltenden, beschäftigungsfördernden Tarifpolitik konsequent weiter zu verfolgen.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
[http://www.
cdu.de](http://www.cdu.de)

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

6. Die Beteiligungen der Arbeitnehmer am Produktionskapital sollten ausgebaut und dafür auch die Investitionshilfen in den ostdeutschen Ländern genutzt werden. Vermögensbeteiligungen der Arbeitnehmer tragen nicht nur zu einer breiteren Vermögensverteilung bei. Sie eröffnen auch neue Möglichkeiten für tarifvertragliche Regelungen und sind geeignet, bestehende Verteilungskonflikte zu entlasten.

7. Der Bundesvorstand fordert die Arbeitgeber und Betriebsräte auf, angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen die Zahl von 1,9 Milliarden Überstunden deutlich zu verringern. Sie sollten zu diesem Zweck die arbeitsrechtlichen Beschlüsse des vom Bundestag verabschiedeten Beschäftigungspakets nutzen und umsetzen: nämlich die Heraufsetzung des Schwellenwertes beim Kündigungsschutz und die erleichterten Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge.

8. Die Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden müssen ihre Anstrengungen verstärken, mehr Teilzeitarbeitsplätze

zu schaffen. 50 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer mit Vollzeitarbeitsplätzen wünschen sich – so die Bundesanstalt für Arbeit – eine Teilzeitstelle und sind bereit, dafür Einkommensminderungen hinzunehmen.

Dazu gehört auch, daß die neugeschaffenen Möglichkeiten für Altersteilzeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besser als bisher genutzt werden.

Notwendig sind außerdem neue Arbeitszeitmodelle, die den Unternehmen und den Arbeitnehmern größere Flexibilität ermöglichen.

Der Staat muß die Teilzeitarbeit weiterhin durch verbesserte Rahmenbedingungen fördern.

9. Eine humane marktwirtschaftliche Ordnung muß es leisten, jungen Menschen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Alle Unternehmen sollten es als eine selbstverständliche Pflicht ansehen, auszubilden.

10. Der Bundesvorstand erachtet es für dringlich, die Arbeitskosten in Deutschland zu senken. Die Sozialversicherungsbeiträge müssen daher, wie von Bundesre-

Beschluß des Bundesvorstandes zu aktuellen Fragen der Steuerpolitik vom 10. Januar in Windhagen:

1. Über die Frage des Auslaufens des Solidaritätszuschlages kann erst nach Fortschritten bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – einschließlich der sozialen Sicherungssysteme – im Sinne der dauerhaften Einhaltung der Stabilitätskriterien der Europäischen Währungsunion und nach einer

politisch verbindlichen Feststellung der wesentlichen Eckwerte der großen Steuerreform entschieden werden.

2. Auch die Frage der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Verwendung des damit verbundenen Aufkommens kann erst im Lichte der Empfehlungen der Steuerreformkommission und der Rentenreformkommission in den zuständigen Gremien der Koalitionsparteien und der Koalition selbst entschieden werden.

**Beschluß des Bundesvorstandes
zur Europäischen Währungs-
union vom 10. Januar in Windha-
gen.**

1. Der Bundesvorstand begrüßt die Entschlossenheit der Bundesregierung, durch einen Stabilitätspakt unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Voraussetzungen für eine dauerhaft stabile europäische Währung zu schaffen. Er beauftragt die zuständigen Bundesfachausschüsse zu prüfen, ob die bisher erreichten Vereinbarungen dem Beschuß des Karlsruher Parteitages 1995 Rechnung tragen.

2. Der Bundesvorstand bekräftigt die Auffassung der CDU, daß die Ein-

führung der europäischen Währung nicht mit einer Europäisierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik verbunden werden darf. Die Beschäftigungspolitik und die Systeme der sozialen Sicherheit müssen auch in der Europäischen Währungsunion in nationaler Verantwortung verbleiben. Nur so kann bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Reform der sozialen Systeme den nationalen und regionalen Gegebenheiten ihrer Länder angemessen Rechnung getragen werden.

3. Die Einführung der europäischen Währung darf insbesondere nicht mit neuen oder zusätzlichen Transferleistungen verbunden werden.

gierung, Wirtschaft und Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit und Standortsicherung gemeinsam vereinbart, stabilisiert und bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40 Prozent zurückgeführt werden. Durch die Renten- und Gesundheitsreform wird die Koalition dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Der Bundesvorstand erwartet auch, daß die Tarifpartner und die einzelnen Unternehmen durch Senkung der Lohnnebenkosten, für die sie die Verantwortung tragen, einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitskosten leisten.

Der Bundesvorstand der CDU bekräftigt die Auffassung, daß zwischen der hohen Produktivität des einzelnen Arbeitnehmers in Deutschland einerseits und der Wirksamkeit der sozialen Systeme und dem so-

zialen Frieden in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits ein unauflösbarer Zusammenhang besteht.

11. Der Bundesvorstand fordert die Unternehmen auf, ihre Innovationsoffensive fortzusetzen, dafür den hohen Ausbildungsstand der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nutzen und dadurch neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

12. Auch die Förderung selbständiger Existenzien dient diesem Ziel. Die im Beschäftigungspaket vorgesehenen Erleichterungen z.B. für Risikokapital gilt es zu nutzen. Selbständigkeit muß gerade für junge Menschen in Deutschland wieder selbstverständlich werden.

Wolfgang Schäuble:

Wir bauen die Zukunft

1996 war kein einfaches Jahr. Auf dem Weg zur Einheit Europas sind wir vorangekommen – auch wenn wir täglich spüren, daß viel Verunsicherung, viel Widerstand bleibt. Und wenn auch der Weg zu dauerhaftem Frieden auf dem Balkan noch weit ist, das Wiederaufflammen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien konnte durch gemeinsame Anstrengungen verhindert werden, und der Beitrag der Deutschen dazu ist europaweit anerkannt und bei uns selbst kaum noch umstritten.

Die konjunkturelle Entwicklung hat sich wieder verbessert, aber die Lage am Arbeitsmarkt nicht. Die Widerstände gegen notwendige Veränderungen sind groß, obwohl bei den Menschen die Einsicht wächst, daß nicht alles einfach so bleiben kann, wie man es sich angewöhnt hat. Die Politik hat Spielräume für mehr Wachstum und Beschäftigung erschlossen, die von den Tarifpartnern nur zögernd und insgesamt nicht zureichend genutzt wurden. Eine Arbeitsteilung, bei der die Gewerkschaften die Besitzstände der Organisierten verteidigen, die Unternehmen sich auf shareholder value konzentrieren und der Politik die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit zugeschoben wird, kann nicht funktionieren.

Nach der Verabschiedung des Haushalts für 1997 haben wir in der Woche vor Weihnachten uns noch auf erste weitere Weichenstellungen in der Koalition geeinigt:

Bei der Verabredung, den Solidaritätszuschlag um 2 % ab 1. 1. 1998 zu senken,

soll es bleiben. Um die konjunkturelle Entwicklung, die zur Zeit vor allem von der Exportnachfrage getragen wird, im investiven Bereich zu verstärken, sollen die Steuersätze für unternehmerische Tätigkeit (Körperschaftsteuer und Einkommensteuer auf Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit) schon ab 1998 gesenkt werden. Die Gegenfinanzierung soll durch Verbrei-

Aus dem Brief des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, zum Jahresbeginn an die Mitglieder der Fraktion

terung der Bemessungsgrundlage in diesem Bereich, also bei den Vorschriften für die Gewinnermittlung für diese Einkunftsart, erfolgen.

Bei der Verbrauchsbesteuerung sollen ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden, was angesichts des Widerstandes der Bundesratsmehrheit gegen die emissionsorientierte Kraftfahrzeugsteuerreform um so dringlicher ist.

Über die Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Sozialversicherung und ihre Finanzierung wird im Zusammenhang mit der Reform der Rentenversicherung entschieden.

Zuvor – und zuerst – soll schon im Januar die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, die Senkung der Gewerbeertragsteuer und die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer im Bundestag beschlossen

werden. Wer es ernst meint mit der Sorge um Arbeitsplätze, darf angesichts des internationalen Wettbewerbs um Investitionen und Arbeitsplätze die Besteuerung investierten Kapitals nicht aufrecht erhalten. Und angesichts der Forderung auch der Sozialdemokraten, die Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern nicht einzuführen – wofür ihre Abschaffung insgesamt der einzige dauerhaft gangbare Weg ist – muß sich dafür auch im Bundesrat die notwendige Mehrheit finden lassen.

Bis Ende Januar wird unsere Konzeption für die große Reform der Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftssteuer zum 1.1.1999 insgesamt vorgelegt. Die Arbeiten sind gut vorangekommen.

Gleichwohl sind noch erhebliche politische Anstrengungen notwendig und Auseinandersetzungen unvermeidbar. Wer von der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform unseres Steuerrechts nach dem Prinzip „deutlich niedrige Steuersätze für alle bei weitgehendem Abbau von Ausnahmen“ überzeugt ist und sie in den Größenordnungen will, wie sie CDU und CSU in ihren Parteigremien beschrieben haben, der muß wissen, daß er um weitreichende Entscheidungen, die in liebgewordene Besitzstände eingreifen, nicht herumkommt. Man muß außerdem wissen, daß man bei den gegebenen finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmendaten nicht gleichzeitig 1999 im Zuge der Steuerreform eine Nettoentlastung von bis zu 30 Mrd. DM und zusätzlich noch einen völligen Abbau des Solidaritätszuschlags bis zum Jahr 2000 leisten kann. Wer Gegen teiliges verspricht, hat keinen Anspruch auf Seriosität.

Das dringendste Problem

So notwendig die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung und Wachstum ist, so bleibt doch die Entwicklung der gesetzli-

chen Sozialversicherung das dringendste Problem. Bei der Arbeitslosenversicherung hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, in diesen Tagen zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz Gestaltungsspielräume in Milliardenhöhe immer noch vom Bundesrat blockiert sind.

Mehr Eigenverantwortung

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung müssen die Reformarbeiten im Februar zum Abschluß gebracht werden, um die Finanzierbarkeit des Systems zu sichern und die Verunsicherung bei Patienten wie bei Leistungserbringern zu beenden. Der Wechsel im Reformansatz, der durch die Zustimmungsverweigerung im Bundesrat notwendig wurde, hat zusammen mit teilweise hemmungslos überzogener Interessenvertretung Schaden angerichtet und der Öffentlichkeit ein Zerrbild der Wirklichkeit vermittelt: Während die Bevölkerung weit hin glaubt, die Leistungen würden überall und zu Lasten aller gekürzt, sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung tatsächlich in nahezu allen Leistungsbereichen seit 1990 und auch 1996 stärker als das Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Ohne mehr Eigenverantwortung aller am Gesundheitssystem Beteiligten – Ärzte, Pharmaindustrie, Heilberufe, Krankenhäuser, Kassen und Patienten – wird jedenfalls ein Gesundheitswesen, das weltweit mit die beste medizinische Versorgung garantiert, nicht zu Bedingungen, die mit der Lage von Arbeitsmarkt und Wirtschaft vereinbar sind, finanzierbar bleiben.

Und im März müssen die Entscheidungen stehen, die unsere Alterssicherungssysteme zukunftsfest halten. Auch hier ist es – wie bei der Steuerreform – erfolgversprecher, erst eine Gesamtkonzeption vorzulegen, statt über streitige Debatten zu Einzelfragen schon zuvor das Ganze zu zerreden.

Und an der Notwendigkeit von Einsparungen in allen Bereichen führt kein Weg vorbei, weshalb über die Bundeszuschüsse erst am Ende und nicht schon am Anfang entschieden werden darf.

Zwischen Bund und Ländern muß in den ersten Monaten des neuen Jahres noch eine gemeinsame Linie in der Energiepolitik verabredet werden. Wer die weitere Förderung der Steinkohle will, darf die Solidarität gegenüber revierfernen Regionen bei der Entsorgung und beim Offenhalten von Optionen künftiger Versorgungssicherheit nicht verweigern, wozu eine Verständigung über den Beitrag von Kernenergie, Braunkohle und regenerativen Energien unter ökonomisch wie ökologisch verträglichen Rahmenbedingungen gehört.

Teilungsfolgen überwinden

Am meisten wird Solidarität zwischen einzelnen Teilen des vereinten Deutschlands noch immer bei der Überwindung der Folgen von Teilung und Sozialismus gefordert sein. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern kann derzeit nicht befriedigen. Die Summe der wirtschaftlichen Hilfen für den Aufbau wird sich schwerlich erhöhen lassen, aber die Zielgenauigkeit könnte im Zusammenwirken von Bund und Ländern verbessert werden. Weil die zu hohen Lohnstückkosten eine Hauptursache der Probleme beim wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer sind, müssen auch hier die Tarifpartner in stärkerem Maße ihrer Verantwortung gerecht werden. Und weil wir uns bei unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungskraft nicht einheitlich zuviel bürokratischen Perfektionismus leisten können, muß erörtert werden, ob nicht für einen begrenzten Zeitraum im Westen liebgewonnene bürokratische Besitzstände für die neuen Bundesländer noch einmal ausgesetzt werden können.

Jedenfalls bleibt die weitere Arbeit an der Überwindung der Teilungsfolgen unsere vorrangige Verpflichtung. Dazu wird bei mancherlei Vermögens- und Entschädigungsfragen auch weiterhin mühsame Arbeit im Detail und zugleich beharrliches Erklären gehören, daß 45 Jahre Teilung und Diktatur niemals durch vollständige Einzelfallgerechtigkeit ungeschehen gemacht werden können.

Schon ein kurzer Blick auf einige der unmittelbar vor uns liegenden Aufgaben zeigt, daß auch die kommenden Monate nicht einfach und bequem werden. Zur Verzagtheit besteht angesichts zu erwartender Auseinandersetzungen gleichwohl kein Grund. Die Menschen wissen, daß Stillstand immer Rückschritt bedeutet und daß in einer Welt, in der sich so vieles so schnell verändert, das Verteidigen von Besitzständen und Befindlichkeiten allein die Zukunft nicht sichert. Von Saint-Exupéry stammt der Satz: „Die Zukunft hat man nicht, sondern man baut sie.“

Das Bestreiten der Realität und die Verweigerung von Innovation, mit der die Opposition glaubt, kurzfristige Stimmungen schüren und ausnützen zu können, verfängt bei der Mehrzahl unserer Bevölkerung nicht auf Dauer. Von der Politik erwarten die Menschen Führung, Richtungsvorgabe auf dem Weg in die Zukunft.

Und die Richtung ist klar:

Um die Freiheit zu sichern, muß der demokratische Rechtsstaat intakt bleiben. Die Fähigkeit des Staates, den einzelnen zu schützen, ist Voraussetzung für inneren Frieden und Toleranz. Recht ist vor allem der Schutz des Schwachen.

Um die parlamentarische Demokratie zukunftssicher zu halten, darf es Regierungszusammenarbeit mit denjenigen, die bis zur Wende für die Unterdrückung von Freiheit und Pluralismus standen und die

Vier Vertreter des „Bürgerbündnisses“ wechselten zur CDU Brandenburg

Im Gespräch mit Leuten des „Bürgerbündnisses“ war Brandenburgs CDU-Vorsitzender Peter Wagner schon länger. Jetzt traf er sich auf deren Einladung hin mit rund dreizehn Vertretern dieser Vereinigung, die ursprünglich aus dem Bündnis 90 kamen und sich 1993 aus Protest gegen die Fusion mit den Grünen als eingetragener Verein neu formiert hatten.

Erfreuliches Ergebnis: Vier der Teilnehmer, Dieter Otto, Siegfried Förmel, Detlef Michel und Klaus König, traten nach dem Treffen mit Peter Wagner spontan in die CDU ein, weitere erklärten, daß sie darüber nachdenken würden. Während der Zusammenkunft trat der Frust deutlich zutage.

außer dem Namen nichts – weder Kader noch Parteivermögen – geändert haben, nicht geben.

Europa ist unsere Zukunft, weil kein Staat in Europa für sich allein noch Sicherheit nach außen und nach innen, Wohlstand, ökologische und soziale Stabilität sichern kann. Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Schaffung einer gemeinsamen stabilen Währung ist der nächste Schritt auf dem Weg zur politischen Union. Wer sich auf diesem Weg verweigert, Ängste schürt und riskiert, daß die Entschlossenheit der Europäer zur Einheit jetzt ungenutzt bleibt, der versagt vor der Geschichte wie vor der Zukunft.

Und um Wohlstand und soziale Sicherheit auch für die Zukunft zu bewahren, müssen

Das „Bürgerbündnis“ mit rund 200 Mitgliedern mußte feststellen, daß es kein entsprechendes Gegengewicht zur im Land mit absoluter Mehrheit regierenden SPD bilden konnte. Man wolle aber politische Verantwortung tragen und wirksames Engagement zeigen, und dies gehe nur in der CDU.

Dieter Otto wörtlich: „Wir wollen etwas tun, und dafür brauchen wir ein neues politisches Dach!“ Peter Wagner konnte sich freuen, und andere wie Arnold Vaatz aus Sachsen und Generalsekretär Peter Hintze gratulierten telefonisch. Doch damit nicht genug.

Vor rund 40 Journalisten konnte Brandenburgs CDU-Chef zuversichtlich betonen, daß dies sicher nicht die letzten Eintritte in die CDU sein werden.

wir uns im internationalen Wettbewerb weiter behaupten. Möglich ist es, wenn wir nur wollen – und warum sollten wir nicht?

Nicht in allem finden unsere Vorschläge und Maßnahmen immer nur Beifall. Und über Einzelheiten kann immer auch trefflich gestritten werden. Aber daß die Union mehr als andere um Zukunft ringt, das wird nicht zuletzt durch die eindeutige Mehrheit der Zustimmung bei den Jüngeren belegt.

Auftrag und Chance

Die Union sichert Zukunft, und dies mitzustalten ist unser Auftrag wie unsere Chance. Und so haben wir Grund, uns auf die kommenden Monate und Wochen gemeinsamer Arbeit miteinander zu freuen. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Ein Jahr großer Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen

Auf dem Hannoveraner Parteitag haben unsere Delegierten ein klares, eindeutiges Votum für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU abgegeben. Wir haben eine Lösung gefunden, die einerseits der Bedeutung des Anliegens entspricht, die aber andererseits auch sehr praxisfreundlich ist.

Inzwischen ist erkennbar, daß der Beschuß von Hannover in den Gliederungen der CDU einmütig mitgetragen und umgesetzt wird. Meldungen über Vorstandsnwahlen oder die Benennung von Delegierten lassen erkennen, daß der Frauenanteil gemäß der neuen Vorschrift wächst. Es ist still geworden um das früher häufig vorgebrachte Argument, es seien keine geeigneten Frauen für die politische Arbeit zu finden. Frei nach Galilei setze ich dagegen: Und es gibt sie doch!

In Hannover haben wir auch weitreichende Beschlüsse zur Reform der Einkommensteuer beschlossen. Dieses Projekt ist Teil unserer Anstrengungen, Deutschland auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Die Entscheidungsfrage im Wahljahr 1998 wird die Frage nach der Zukunftskompetenz sein: Welche Partei schafft es am besten, die Zukunft angesichts tiefgreifender Veränderungen erfolgreich zu gestalten?

Mit dieser Frage läßt sich exakt die Grenzlinie zwischen Union und der Sozialdemokratie markieren. In einer Welt des Wandels verharrt die SPD in einer rückwärts-

gewandten Politik der bloßen Besitzstandswahrung. Sie weigert sich, die Notwendigkeit von Veränderungen zu erkennen, sie tut so, als könne alles beim alten bleiben. Damit täuscht sie die Menschen und setzt die Zukunft des Landes aufs Spiel. Die Reformfeindlichkeit der SPD hat Tradition: So hätten die großen, von uns gestalteten strukturellen Reformen bei Post, Bahn und Telekom, die einen wesentlichen Modernisierungsschub für un-

Aus dem Jahreswechselbrief von Generalsekretär Peter Hintze

ser Land bedeuten, schon in den siebziger Jahren angegangen werden können – unter Regierungsverantwortung der SPD.

Die Faszination des Status quo im sozialen Wohlfahrtsstaat hat der SPD jedoch stets den Blick für die Gefahren verstellt, die vom Beharren beim Erreichten ausgehen. Reformen unterblieben, weil es den Sozialdemokraten an der Fähigkeit mangelt, flexibel auf Veränderungen einzugehen und neue Prioritäten zu setzen. Dieses Defizit ist bis heute nicht aufgearbeitet. Die SPD hat zum Thema „Zukunft“ keinen eigenständigen Beitrag anzubieten.

Wichtigstes Einzelthema der vor uns liegenden Zeit bis zur Bundestagswahl wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein.

Neben der hohen Belastung der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte treibt mich die Sorge um, daß eine anhaltende Arbeitslosigkeit auch zu erheblichen, psychisch negativen Auswirkungen bei den Betroffenen führt, was unsere Gesellschaft auf längere Zeit nachhaltig belasten muß.

Wirtschaftliches Wachstum bleibt die unverzichtbare Grundlage für mehr Beschäftigung. Wer nicht nur Mangel verteilen, sondern zu mehr Arbeitsplätzen kommen will, wer es wirklich ernst meint mit dem Ziel „Arbeit für alle“ – und das muß unser Ziel bleiben –, der muß sich aber auch zu einer wachstumsfördernden Wirtschafts-, Forschungs- und Infrastrukturpolitik bekennen. Er muß Überreglementierungen abbauen und neue Freiräume für wirtschaftliche Betätigung schaffen. Und Unternehmer wie Gewerkschaftler, Manager wie Betriebsräte sind gefordert, durch Flexibilität und Lohnzurückhaltung ebenfalls einen Beitrag zu mehr Beschäftigung zu leisten.

Unser Grundkonzept heißt „Mehr Wachstum – mehr Beschäftigung“, das Rezept des politischen Gegners heißt „Umverteilung von Mangel“. Von der immer wieder neu vorgeschlagenen Sondersteuer für Besserverdienende bis zur Ausbildungsplatzabgabe – die SPD läßt keinen Ladenhüter aus. Ich bin sicher, daß diese verstaubten Devotionalien der SPD-Programmatik keinen Wähler mehr überzeugen.

Dauerhaft sichere Arbeitsplätze entstehen nicht durch Umverteilung. Arbeitsplätze entstehen dort, wo mehr Güter erzeugt und mehr Dienstleistungen erbracht werden. Einfach ausgedrückt: Bevor wir darüber reden, wie wir den Kuchen verteilen, sollten wir dafür sorgen, daß der Kuchen möglichst groß wird. Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie nicht Sozialpolitik, sondern vernünftige Wirtschaftspolitik.

In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kommt es auf uns an. Wirtschaftspolitische Kompetenz in unserem Land wird nicht bei der Sozialdemokratie vermutet. Schröder, der einen besonderen wirtschaftspolitischen Rang in seiner Partei beansprucht, hat in Niedersachsen bewiesen, wohin die Politik der SPD führt: Dieses Land weist heute die geringste Wirtschaftskraft aller westdeutschen Flächenländer auf; beim Bruttoinlandsprodukt liegt Niedersachsen sogar hinter dem Saarland auf dem letzten Platz.

1997 ist „EURO“-Jahr

Von zentraler Bedeutung für Wachstum, Wohlstand und Sicherheit ist der europäische Einigungsprozeß. 1997 wird als das „EURO-Jahr“ in die politischen Annalen eingehen, denn die wirtschafts- und finanzpolitischen Daten dieses Jahres werden für den Eintritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ab 1999 entscheidend sein.

Die Sorge, der EURO könne sich als Weichwährung erweisen, ist angesichts der sorgfältigen Konstruktion der Europäischen Währungsunion völlig unbegründet. Wir Deutschen sollten zur Kenntnis nehmen, daß z. B. Frankreich bereits seit sieben Jahren eine maßvollere Lohnentwicklung aufweist als Deutschland, und auch in bezug auf Inflation und langfristige Zinsen sind die meisten EU-Partner den Deutschen inzwischen ebenbürtig. Man darf nicht übersehen, daß den Maastricht-Vertrag eine uns Deutschen wohlvertraute Architektur auszeichnet, die der Deutschen Mark seit fast 50 Jahren eine beispielhafte Stabilität gesichert hat.

Als rohstoffarmes, auf die Produktion technologischer Spitzenprodukte spezialisiertes und in hohem Maß vom Export abhängiges Land wird Deutschland besonders stark von einer gemeinsamen europäischen Währung profitieren. Zwei

Drittels unseres Exports gehen in die Länder der Europäischen Union; Millionen Arbeitsplätze sind darauf angewiesen, daß dieser Warenaustausch befreit wird vom Ab- und Aufwertungsdruck, von Währungsspekulationen und von den Kosten für Geldumtausch und Währungsabsicherungsgeschäften. Wir Europäer müssen dem US-Dollar und dem Yen eine starke europäische Währung entgegensemzen, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich bleiben zu können.

Zu den großen politischen Themen des neuen Jahres gehört auch die Frage, wie wir unsere Alterssicherungssysteme zukunftsfest machen können. Dies ist ein schwieriges Thema, das zu diskutieren und zu entscheiden viel Fingerspitzengefühl erfordert.

Das Rentensystem des Jahres 2000 steht vor anderen Herausforderungen, als dies vor 20 oder 30 Jahren der Fall war. Im Jahr 1960 bezog der Durchschnittsrentner nach 45 Arbeitsjahren rund 10 Jahre lang Rente. Heute ist die Rentenbezugsdauer auf durchschnittlich 18 Jahre angewachsen. Gleichzeitig muß das Rentensystem eine erhebliche demographische Verschiebung verkraften, durch die die Finanzierung der Alterseinkommen einer größer werdenden Rentnergeneration einer kleineren werdenden Generation von Beitragszahlern auferlegt wird. Dies sind objektive Faktoren einer Entwicklung, die die Politik nicht zu verantworten hat.

Die PDS muß draußen bleiben

Für die SPD ist die Politik zum koalitionstaktischen Machtkalkül verkümmert. Die Sozialdemokraten bewegt nur noch die Frage, ob sie alleine mit den Grünen überhaupt eine Chance haben oder ob sie die PDS mit ins Boot holen sollen. Für mich ist eins völlig klar: Wenn die SPD eine Möglichkeit sieht, einen Machtwechsel zu ihren Gunsten gemeinsam mit den Kommunisten herbeizuführen, dann wird

sie diesen Weg bedenkenlos gehen und unser Land in eine andere Republik führen. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie es Deutschland nach vier Jahren unter Lafontaine, Fischer und Gysi ergangen sein wird. Im Wahljahr 1998 müssen wir vor allem deutlich machen, daß diese Alternative keine ist!

Kein leichter Schritt

Es sind prominente Bürgerrechtler der ehemaligen DDR gewesen, die dies klar erkannt haben und deshalb vor wenigen Tagen Mitglied der CDU geworden sind. Aus vielen privat geführten Gesprächen weiß ich, daß es kein leicht – und erst recht kein leichtfertig – vollzogener Schritt war. Hier sind Menschen zu uns gekommen, die über Jahrzehnte hinweg gelernt haben, sorgfältig und kritisch zu beobachten und Entwicklungen zu bewerten. Nach einer langen Serie von Täuschungs- und Vernebelungsmanövern auf Seiten der SPD und der Grünen haben sie erkannt: Die CDU ist die einzige politische Kraft in Deutschland, die verlässlich dafür eintritt, daß die alten SED-Seilschaf ten der kommunistischen PDS nie mehr Macht über Menschen bekommen. SPD und Grüne haben diesbezüglich durch ihre mittlerweile unverhohlene Anbiederung an die SED-Nachfolgepartei PDS jegliche Vertrauenswürdigkeit auf Dauer verloren.

Im Jahr 1997 stehen Kommunalwahlen in Hessen und Bürgerschaftswahlen in Hamburg an. Der Hamburger Spitzenkandidat Ole von Beust und die CDU der Hansestadt ebenso wie die hessische CDU mit Manfred Kanther an der Spitze verdienen die volle Unterstützung der Union. Darüber hinaus ist die gesamte Partei aufgefordert, sich auf das Jahr der Bundestagswahl 1998 zuzurüsten.

1997 wird ein Jahr großer Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen werden. ■

Rot-Grün in Hessen:

Nein-Sager verspielen Zukunft

„Hessens Ministerpräsident ... tourt derzeit zwecks Nachhilfeunterricht durchs Land.“ (Frankfurter Rundschau, 9. 1. 97). Aktueller Anlaß für Hans Eichel zu dieser „Bildungsreise“ sind seine mangelhaften Kenntnisse der Gentechnik. Von einem „Gentechnik-Greenhorn“ spricht gar die Frankfurter Rundschau (9. 1. 97). Der Mann, der nun verkündet, daß Gen- und Biotechnik bei der rot-grünen Landesregierung einen „hohen Stellenwert“ genießen (Frankfurter Rundschau, 9. 1. 97), beweist dies damit, daß er rund 6 Jahre nach seiner Amtübernahme als hessischer Ministerpräsident beginnt, seine Wissenslücken in dieser Zukunftstechnologie ansatzweise zu schließen.

Am besten erhielte die **rot-grüne** Landesregierung flächenübergreifenden Nachhilfeunterricht. Einige Beispiele für das Versagen der Landesregierung:

- allerorts flüchtende Gefangene
- Henrichs/von Plottnitz-Skandal (Millionen-Gutachten des Staatsgerichtshofpräsidenten vom grünen Justizminister genehmigt)
- Lehrermangel und Unterrichtsausfall an hessischen Schulen
- eine Behördenreform als „Reform mit dem Brecheisen“ (Frankfurter Rundschau, 10. 12. 96), orientiert an den „Wahlkreisinteressen von Ministern und Staatssekretären“ (Gießens Oberbürgermeister Manfred Mutz, SPD, Frankfurter Neue Presse, 10. 12. 96)
- bundesweit am schlechtesten ausgestattete Universitätsbibliotheken.

Doch, was „Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“. Die mangelnde Kompetenz der Eichel-Regierung zeigt sich insbesondere in ihrer Finanzpolitik und den Folgen für die hessischen Kommunen. Hessens Kassen sind leer. Nach sechs Jahren rot-grüner Politik steckt das Land Hessen in der größten Finanzkrise der letzten 50 Jahre. Dabei waren die Rahmenbedingungen nie günstiger: Seit 1990 stiegen die Steuereinnahmen um ein Drittel von 19 auf 24,9 Mrd. DM an und erreichten einen historischen Höchststand in Hessen. Dieses Kapital hat **Rot-Grün** leichtfertig verspielt.

In Hessen setzte Rot-Grün die falschen Akzente:

- Anstieg des Personalkostenanteils auf 45,6% – trauriger Spitzenplatz unter den westdeutschen Flächenländern.
- Absenkung der Investitionsquote von 16,6% im Jahr 1990 auf heutige 13%.
- Erhöhung der Schuldenlast um 50% seit 1990 auf über 40 Mrd. DM.
- Verdoppelung der Zinslast gegenüber 1990 auf 3 Mrd. DM bis zum Jahr 2000.

Opfer dieser verfehlten Finanzpolitik sind die hessischen Städte, Gemeinden und Kreise, denen das Land die Leistungen kürzt und gleichzeitig tief in die Tasche greift:

- Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 300 Mio. DM im Jahr 1996.
- Kürzung der Landesleistungen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs um 220 Mio. DM.

Aufgaben, die ursprünglich aus dem Staatshaushalt finanziert werden sollten, werden auf den Kommunalen Finanzausgleich abgeschoben, z. B. 62,1 Mio. DM bei Kindergärten und 40,5 Mio. DM bei Alteneinrichtungen. Mit der Verweigerung von Haushaltsmitteln des Landes für die Finanzierung von Alten- und Pflegeeinrichtungen betreibt die **rot-grüne** Landesregierung massiven Sozialabbau und betrügt Städte und Kreise um den Spareffekt der Pflegeversicherung. Das gilt auch im Kindergartenbereich, wo der erhöhte Länderanteil an der Umsatzsteuer nur mit erheblichen Abstrichen an die Kommunen weitergegeben wurde.

Um eigene Haushaltslöcher zu stopfen, scheut die **rot-grüne** Landesregierung nicht davor zurück, sich communal aufgebrachter Steuern und Abgaben zu bedienen:

- Grundwasserabgabe: 121 von 213 Mio. DM (57%).
- Abwasserabgabe: 14 von 90 Mio. DM (16%).
- Sonderabfallabgabe (1996 noch erhoben): 21 von 34 Mio. DM (62%).
- Feuerschutzsteuer: 9 Mio. DM weniger für örtlichen Brandschutz und kommunale Feuerwehren.
- Straßenabgabe der Landkreise für Verwaltung und Instandhaltung: ca. 30 Mio. DM.

Mit ihrem NEIN

zur Neuregelung und Fortschreibung des Asylrechts,

Schnee von gestern

Generalsekretär

Peter Hintz zu den Vorschlägen von Oskar Lafontaine:

Das am 14. Januar von der SPD verteilte Papier zur Arbeitsplatzfrage ist ein Dokument der Ratlosigkeit. Mit billiger Polemik verzerrt Oskar Lafontaine die Projekte der Regierung, um die eigene Konzeptionslosigkeit zu kaschieren. Die deutsche Sozialdemokratie wühlt verzweifelt in der ideologischen Mottenkiste der 70er Jahre, statt einen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Ich fordere die SPD auf, endlich konstruktiv am Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung mitzuwirken und die Blockadehaltung im Bundesrat einzustellen.

Lafontaines PDS-Beteuerungen von heute werden schon bald der Schnee von gestern sein.

zur Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes,

bei der Pflegeversicherung,

zur Reform des Sozialhilferechts,

zum Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung,

zur Gemeindefinanzreform

opfert die **rot-grüne** Landesregierung die Zukunft der hessischen Kommunen auf dem Altar ihrer Wahlkampfstrategie. **Rot-Grün** in Hessen kassiert bei den Kommunen ab, treibt sozialen Kahlschlag im eigenen Land und verhindert im Interesse eines gegen Bonn gerichteten Wahlkampfs bei der Kommunalwahl am 2. März zusätzlich die Entlastung der Kommunen durch den Bund im Bundesrat.

... und andere gackern längst

Die SPD wird nicht länger der prinzipiellen Frage ausweichen können, ob im Falle eines Falles ein Sozialdemokrat mit den Stimmen der PDS-Kommunisten zum Kanzler gewählt werden soll. Die blumig-wolkige Bemerkung von Oskar Lafontaine wird dazu nicht ausreichen, der unter ausdrücklicher Berufung auf seinen Parteivorstand zu einer Zusammenarbeit mit den politischen Honecker-Erben erklärt hat, daß „wir über ungelegte Eier nicht gackern“. Parteivize Thierse und andere gackern längst.

„Nichts geht mit der PDS“, meinte hingegen der vormalige SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping zum Jahresende in einer Zeitung des Ruhrreviers, als er Rot-Grün als eine „realistische Machtperpektive“ darstellte. Doch wie überzeugend sind solche ablehnenden Äußerungen von führenden Sozialdemokraten wirklich?

Immerhin gibt es bereits einen SPD-Ministerpräsidenten (und einen aus NRW stammenden Wirtschaftsminister) von pds-

komunistischen Gnaden in Sachsen-Anhalt. Die früheren Unterdrücker sind da längst wieder am Drücker.

Wenn es denn um den Gewinn oder die Erhaltung der Macht geht, ist die Nichteinhaltung von Versprechen wohl keine moralische Kategorie mehr, obwohl Johannes Rau einmal treffend formulierte, daß ein „gebrochenes Versprechen ein gesprochenes Verbrechen“ sei.

Aus einem Gastkommentar von Horst Niggemeier (SPD) in der „Welt am Sonntag“ vom 12. Januar

Insofern befindet sich sein Amtskollege Gerhard Schröder aus Niedersachsen hinsichtlich der PDS-Frage in einer komfortableren Lage, hat er doch schon im Juli 1994 gemeint: „Eine Zusammenarbeit mit der PDS sollte nicht ausgeschlossen werden, zumal die PDS in der Sozialpolitik der SPD nähersteht als die CDU.“

Selbständigkeit im Alter so lange wie möglich erhalten

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine dreijährige Untersuchung (1992 bis 1995) in Auftrag gegeben, in der die Entstehungsgeschichte und die

Bundesseniorenministerium veröffentlicht Untersuchung über betreutes Wohnen

Rahmenbedingungen eines Modellprojektes in Stuttgart „Servicehaus – Haus am Weinberg“ untersucht wurden. Das Servicehaus bietet dem älteren Menschen auf der einen Seite

Selbständigkeit in der eigenen, abgeschlossenen Wohnung, aber auch gesicherte Pflege im Bedarfsfall.

Ein Schwerpunkt der wissenschaftlichen Begleitung lag bei der Überprüfung, in welchem Ausmaß mit den geschilderten Konzeptionen entlastende und belastende Effekte für Bewohner, Mitarbeiter und Träger verbunden sind.

Der Bericht kann schriftlich angefordert werden beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn.

Kommen Sie nach Deutschland und sehen Sie selbst!

Johannes Gerster, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, hat nachfolgendes Antworten schreiben an die Unterzeichner des „Offenen Briefes an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl“ übersandt:

Sehr geehrte Unterzeichner des „Offenen Briefes an Helmut Kohl“,

ich bin schockiert und enttäuscht über die Unwissenheit, die Sie in Ihrem Brief an den deutschen Bundeskanzler offengelegt haben. Vor allem war dieser Brief eine unglaubliche Verunglimpfung der Opfer des Holocaust. Die historischen Parallelen in Ihrem Schreiben sind absurd. Wären Sie in Deutschland gewesen und hätten Sie sich die Mühe gemacht, die Tatsachen zu recherchieren, würden Sie dies wissen. Auch der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat den Vergleich zwischen der Verfolgung und dem Mord an den Juden durch die Nazis mit der Situation der Scientologen in Deutschland entschieden zurückgewiesen.

Verschiedene unabhängige deutsche Gerichte kommen zu dem Urteil, daß Scientology eine Organisation ist, die vor allen Dingen wirtschaftliche Ziele verfolgt und die psychologische Praktiken einsetzt, um ihre Mitglieder unter Druck zu setzen und vollständig von sich abhängig zu machen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Berichte derer zu lesen, die unter dem Unterdrückungssystem von Scientology gelitten haben und es schafften, die Organisation zu verlassen. Auch andere Länder setzen sich zunehmend mit der Ideologie und den Praktiken von Scientology auseinander. In Frankreich etwa wurden kürzlich führende Vertreter von Scientology wegen fahrlässiger

ger Tötung und Betrugs in Zusammenhang mit dem Selbstmord eines Scientologymitglieds verurteilt.

Scientology ist keine Kirche, jedenfalls nicht in Deutschland. Die Organisation gibt dies nur vor, um Menschen zu täuschen, die nach religiöser Orientierung suchen, und auch deshalb, um steuerlich besser gestellt zu werden. Eine kürzlich veröffentlichte unabhängige Studie von Dr. Hans-Gerd Jasch-

Johannes Gerster: Die historischen Parallelen in Ihrem Vergleich sind absurd.

ke von der Universität Frankfurt kommt zu dem Urteil, daß Scientology die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform ablehnt. Haben Sie jemals Texte von Scientologen und im besonderen die frühen Schriften von L. Ron Hubbard, ihrem Gründer, gelesen? Und wenn Sie dies getan haben, wie können Sie sich dann wundern, daß deutsche Mütter und Väter nicht wollen, daß ihre Kinder Scientologen als Vorbild haben? Ich frage mich: Würden Sie es wollen, daß Ihre Kinder in den Einflußbereich einer solch totalitären Organisation geraten?

Ich lade Sie herzlich ein, nach Deutschland zu kommen. Ich bin sicher, Sie werden sehr schnell erkennen, daß Deutschland eine stabile Demokratie ist, die die Freiheit ihrer Bürger respektiert und schützt. Eine der zentralen Aufgaben aller demokratischen Politiker ist es, Menschenrechte und persönliche Freiheiten gegen die zu schützen, die sie abschaffen wollen. Kommen Sie nach Deutschland und sehen Sie selbst – und dann urteilen Sie!

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die CDU trauert um Aenne Brauksiepe

Mit Aenne Brauksiepe verlieren wir eine herausragende Persönlichkeit aus der Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland. Sie gehörte seit 1949 für 23 Jahre dem Deutschen Bundestag als direkt gewählte Abgeordnete an. Bereits 1946 hatte sie als Stadträtin in Duisburg geholfen, das Elend der Nachkriegszeit zu lindern und zu überwinden.

Aenne Brauksiepe entstammte einer Zentrumsfamilie aus dem Ruhrgebiet. Sie hat immer wieder betont, wie sehr ihr Herkommen sie dazu befähigt und ermutigt hat, gegenüber dem Nationalsozialismus immun zu bleiben, soziale Verantwortung zu übernehmen und europäisch zu denken und zu handeln. Sie gehörte nach Kriegsende zu den Frauen der ersten Stunde, die sich ganz selbstverständlich in Staat und Gesellschaft engagierten und ihre Pflicht erfüllten. Sie trat dabei ebenso überzeugend für eine eigenständige Frauenarbeit in der CDU ein, wie sie verantwortliche Ämter beim Katholischen Frauenverband; beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union wahrgenommen hat.

Aenne Brauksiepe konnte auf Menschen zugehen und Menschen begeistern. So hat sie auch das Ressort für Familie und Jugend, das ihr 1968 anvertraut wurde, durch ihren eigenen Stil mitgeprägt. Sie trat mit aller Kraft für die Familie und deren finanzielle Besserstellung, für die Eigenständig-



keit der Frau und für den Dialog mit der damals aufbegehrenden Jugend ein.

Ich weiß, wie sehr Aenne Brauksiepe sich gefreut hat, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu erleben. Ihr Traum von einem freien und geeinten Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa wurde Wirklichkeit.

Aenne Brauksiepe hat aus ihrem christlichen Glauben die Kraft für ihren unermüdlichen Einsatz geschöpft. Aus diesem Glauben war auch ihr köstlicher Humor gespeist.

Wir alle verlieren mit Aenne Brauksiepe eine großartige Frau, eine prägende Persönlichkeit der CDU Deutschlands und eine vorbildliche Politikerin. Ich selber trauere um eine politische Weggefährtin, der ich mich auch menschlich in besonderer Weise verbunden gefühlt habe.

Wolfgang Schäuble:

Wir brauchen den EURO

Am 1. Januar 1999 soll Start für den EURO sein, Europas neuer Währung. Ein Datum, das viele Menschen mit einer gewissen Skepsis betrachten. Das ist verständlich, denn Geld hat für die Menschen viel mit Vertrauen und Sicherheit zu tun. Die DM war etwas sehr Verlässliches und viele fürchten, daß der EURO nicht die gleiche Stabilität aufweisen wird. Dennoch ist diese Skepsis meiner festen Überzeugung nach unbegründet.

Die Entscheidung für den EURO ist sinnvoll und notwendig. Erst mit einer gemeinsamen Währung wird der Europäische Binnenmarkt auf Dauer funktionieren und Europa im internationalen Wettbewerb stärken. Das ist gut für unsere Industrie, gut für den Arbeitsmarkt und letztendlich für uns alle. Alle Voraussetzungen sind geschaffen, damit der EURO stabil und wertbeständig bleibt. Teilnehmen kann an der Währungsunion nur, wer die strengen Kriterien des Maastricht-Vertrages für Inflation, Neuverschuldung und öffentlichen Schuldenstand erfüllt.

Die bisherige Entwicklung ist eine wirkliche Erfolgsentwicklung: Die durchschnittliche Inflationsrate aller Mitglieder der Europäischen Union ist seit Abschluß des Maastricht-Vertrages um weit mehr als die Hälfte zurückgegangen. Selbst in Italien beträgt sie zur Zeit nur noch 3 %. In Frankreich gibt es fast dieselbe Stabilität wie bei uns. Das ist ein Beweis dafür, daß die Konvergenz zwischen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer sehr viel größer geworden ist und daß der Mechanismus des Maastricht-Vertrages in ganz Europa mehr Stabilität erzeugt. Auch

bemühen sich alle europäischen Länder, den Anstieg der öffentlichen Verschuldung zu bremsen. Wer die mit der Sparpolitik verbundenen Einschnitte nun in populistischer Polemik dem Maastricht-Vertrag anzulasten versucht, verkennt nicht nur die Zusammenhänge, sondern führt die Menschen bewußt in die Irre. Auch ohne den Maastrichter Vertrag müßten wir die öffentlichen Haushalte sanieren und die Sozialversicherungsbelastungen zurückführen, wollen wir unseren Wohlstand bewahren. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir haben bessere Chancen, mit der Europäischen Einigung diese Ziele zu erreichen als ohne sie.

Eine stabile Währung

Wir können heute in voller Verantwortung sagen, wir dürfen darauf vertrauen, daß der EURO eine stabile Währung sein wird. Die Europäische Zentralbank ist unabhängig und hat wie die Deutsche Bundesbank ihren Sitz in Frankfurt. Mit dem im vergangenen Dezember in Dublin vereinbarten Stabilitätspakt haben sich alle europäischen Regierungen auch für die Zukunft auf eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Währungspolitik verpflichtet. Immer mehr Fachleute aus allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bekennen sich zum EURO und sagen: Das ist richtig und notwendig, das funktioniert.

Und wir dürfen nicht vergessen: Kein Staat in Europa kann heute für sich allein die anstehenden Aufgaben bewältigen. Innere und äußere Sicherheit, Wohlstand, ökologische und soziale Stabilität sind nur gemeinsam zu garantieren. ■

Vom Helaba-Bankrott zum Anti-EURO-Kampf

Wo immer es darum geht, gegen die Finanzpolitik der Bundesregierung im allgemeinen und gegen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion im besonderen Stimmung zu machen, ist Professor Wilhelm Hankel zur Stelle. Unermüdlich ist er als notorischer Schwarzmaler im Einsatz, wenn es darum geht, die künftige gemeinsame europäische Währung schlechtzumachen. Als Stammgast in einschlägigen Talk-Runden des Fernsehens ist er ebenso eifrig dabei, seine Negativurteile über den EURO zu verbreiten wie in Zeitungsbeiträgen. Auch als Versammlungsredner politischer Splittergruppen ist er zugange, um den

Menschen Angst zu machen. Dabei hat sich, wenn es um Geld und um den richtigen Umgang mit Geld geht, kaum je zuvor der Bock so ungeniert zum Gärtner gemacht wie in diesem Fall.

Auch wenn sich kaum noch jemand daran erinnert und auch wenn niemand mehr davon spricht oder schreibt: Mit dem Namen Wilhelm Hankel ist und bleibt die seinerzeit größte Bankenpleite der Nachkriegsgeschichte untrennbar verbunden.

Der Ausgangspunkt zur blamablen Affäre des Wilhelm Hankel spielt im Bonn der beginnenden 70er Jahre. Spitzengenosse Wilhelm Hankel bildete zusammen mit Horst Ehmke und Günter Grass eine Seilschaft, die „Danziger Mafia“ der SPD. Der Danziger Kaufmannssohn Wilhelm Alexander Edmund Hankel wuchs in seiner Heimatstadt und in Berlin auf. In Mainz und Amsterdam studierte er Volkswirtschaft. Seine Berufslaufbahn begann

er bei der Bank Deutscher Länder, der Vorgängerin der Deutschen Bundesbank. Nach Zwischenstationen in Bonner Ministerien siedelte er erstmals in jene Stadt um, die ihm später zum Verhängnis werden sollte: Ab 1959 war er bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main tätig, zuletzt als Direktor und Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Planung. Von dort holte ihn der damalige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller

Wenn sich der Bock zum Gärtner macht

Der sonderbare Rollenwechsel des Professors Wilhelm Hankel

(SPD) im Jahr 1967 als Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Range eines Ministerialdirektors in das Bundeswirtschaftsministerium nach Bonn. Bald hatte sich der „Armenier“ – ein Spitzname, den sich Hankel seiner pechschwarzen Haare, seines Schnauzbartes und seiner sprudelnden Beredsamkeit wegen im Bundeswirtschaftsministerium einhandelte – heillos mit Minister Karl Schiller zerstritten. Hankel hielt mehr oder minder diskret nach neuen Chancen Ausschau, Karl Schiller versuchte ebenso diskret, seinen Abteilungsleiter wegzuloben. Eine günstige Konstellation ergab sich an einem späten Dezemberabend des Jahres 1971, den ein Chronist wie folgt beschrieben hat: Der eine zog bedächtig an seiner Zigarre, hob den Hörer ab und meldete sich. Der andere, das graue Haar zu einer altmodischen Tolle hochfrisiert, gab seiner Stimme starken politischen Schmelz und formulierte eine Frage von milliardenschwerer Bedeu-

tung: „Wollen Sie Chef unserer Landesbank in Frankfurt werden?“

Frager war Albert Osswald (SPD), damals noch hessischer Ministerpräsident. Der andere war Wilhelm Hankel, ebenfalls SPD, Professor und damals noch Ministerialdirektor im Bonner Wirtschaftsministerium.

Natürlich wollte Hankel – und das Telefonat war der „Auftakt zu einem Finanzdrama, wie es bisher in der vornehmen Welt der Banken und Börsen noch nie stattgefunden hatte“.

Am Ende hatte Albert Osswald seinen Sitz im SPD-Parteivorstand verloren, mußte noch in der Bundestags-Wahlnacht am 3. Oktober 1976 als hessischer Ministerpräsident zurücktreten, selbst der Staatsanwalt blieb ihm nicht erspart. „Dukaten-Ossi“, wie er in seiner glücklicheren Zeit als hessischer Finanzminister genannt wurde, rückte nie mit der Wahrheit heraus, wer ihn seinerzeit zu dem Telefonat mit Hankel bewogen hatte, mit dem das ganze Unheil begann. Zunächst ließ sich Ministerpräsident Osswald seinen eigenwilligen Alleingang per Kabinettsbeschuß sanktionieren. Für Wilhelm Hankel war der Weg frei, die Hessische Landesbank in die Katastrophe zu führen, wie er es in seinem Buch „Heldensagen der Wirtschaft“ selbst formulierte: „Die Gesellschaft braucht ihre Katastrophen ... sie braucht den Konflikt wie ... der Clochard den Rotwein.“

„Ein neuer Landesfürst“

Die Einführung von Wilhelm Hankel in sein neues Amt glich einer Krönungszерemonie, wissen Zeitzeugen zu berichten. Als der Professor im April 1972 den „Thron“ der Hessischen Landesbank bestieg, wurde er vom Sparkassen-Präsidenten Poullain nicht ohne Ironie als „neuer Landesfürst“ begrüßt. Hankel hatte sich während seiner Bonner Zeit in der Ban-

kenwelt nicht gerade beliebt gemacht, und er schoß denn auch in seiner „Thronrede“ gleich wieder giftige Pfeile gegen die privaten Banken ab. Als Chef der Hessischen Landesbank, so schwadronierte Hankel, werde er so manches anders machen. Im vornehmen Frankfurter Bankenviertel deklierte man sich über den mit Selbstgefälligkeit reichlich ausgestatteten neuen Chef der Hessischen Landesbank mit dem Bonmot: „Die Helaba fährt jetzt mit Hankel-Motor.“

Und mit dem neuen „Hankel-Motor“ fuhr die Hessische Landesbank, kurz Helaba genannt, in den Ruin. Zunächst fiel der neue Präsident mit dem braunen Akten-

**Karl Hans Roos
im BAYERNKURIER
vom 11. Januar 1997**

köfferschen, auf dem die Goldinitialen W. H. prangten, der Presse mit einem ausgeprägten Sinn für Prachtentfaltung und persönliches Wohlergehen auf: Er habe sich ein Bombengehalt gesichert, dazu einen Mercedes 600 als Dienstwagen und obendrein einen 450er als privates Nutzfahrzeug. Stilgerecht hätten Helaba-Fahrer zu allen möglichen Anlässen ausgewählte Flaschen aus einer französischen Sektkellerei in der Champagne herbeikarren müssen. Eigens herbeigeholte Designer seien beauftragt worden, Hankels Machtzuwachs in der Vorstandsetage gebührend Ausdruck zu verleihen. „Damit man mich besser sieht“ (Originalton des übermüti- gen Hankel), ließ er selbst Stützsäulen entfernen. Immer wieder kamen ineinander verzahnte geschäftliche und persönliche Aktivitäten Hankels hoch, deren Fäden sich im europäischen und atlantischen Ausland verlieren. Als die Staatsanwalt- schaft wieder einmal ein Verfahren einstellte, flüchtete sich ein bekannter Zei-

tungskommentator in triefende Ironie und Sarkasmus: „Der wackere Hankel, sicher ein Mann bescheidenster Lebensverhältnisse, durfte sich doch in Gottes Namen noch eine Hochzeitsreise und den begünstigten Erwerb von 16 Eigentumswohnungen finanzieren lassen. Insbesondere sei ja nicht erkennbar geworden, so die brave Staatsanwaltschaft, daß sich Hankel oder andere dafür bei ihren Geschäftspartnern mit ‚Gegenleistungen‘ bedankt hätten. Ja, wo kommen wir denn hin, wenn derlei wirklich nicht mehr statthaft sein sollte? Was aber den lächerlichen Milliardenšaden betrifft, und überhaupt, meinte der Staatsanwalt namens Scheu sicher völlig zu Recht, es habe halt bloß eine ‚partiell vorhandene mangelnde Qualifikation‘ vorgelegen.“

Einem Mann von Welt wie Hankel kam denn auch die Helaba, immerhin die viertgrößte in ihrer Branche, als „zu provinziell“ vor. Hankel suchte „ein Bein, das im internationalen Geschäft steht, und ein anderes in der Industriefinanzierung“.

Hankel ließ seine Beziehungen aus Bonner Tagen spielen und das dunkle Kapitel BCI (Banque de Credit International) nahm seinen Anfang, eingefädelt von Hankel und BCI-Großaktionär Tibor Rosenbaum, Schatzmeister der israelischen national-religiösen Partei und Bankier in Genf. Eine anrüchige Adresse, denn die BCI galt in Schweizer Expertisen als Mafia-Bank. Hankel behauptete später, weder der 1967 öffentlich von „Life“ erhobene Vorwurf, Rosenbaum und die BCI verwalteten Gelder der amerikanischen Mafia, noch seine Bekanntschaft mit IOS-Pleitier Bernie Cornfeld seien zu erfahren gewesen. Die einzigen Gelder, die sich wenigstens für Hankel und die SPD lohnten, verliefen laut Zeitungsbericht unter zwielichtigen Umständen: „Hankel überbrachte an Osswald eine goldene Uhr und zwei Pakete mit je 50.000 Mark in bar, die

Osswald später als wieder zurückgezahltes ‚Spendendarlehen‘ an die SPD ausgab. Spender: Tibor Rosenbaum.“

Konkurse und Pleiten

Nicht weniger unheilvoll als die Beteiligung an der Genfer Mafia-Bank war die Mehrheitsbeteiligung der Helaba an der damals dahinsiechenden Frankfurter Investments- und Handels-Bank (IHB). Wo immer Firmenzusammenbrüche oder Finanzskandale gemeldet wurden, Hankel und seine Helaba waren dabei. Auch die Milliarden, die das Land Hessen und die deutschen Sparkassen- und Giroverbände in den gefäßigen Rachen von Hankels Skandalbank schaufelten, konnten die Misere nicht mehr aufhalten.

Am 12. Dezember 1973 ließ er die Bank auf ihrem Milliarden-Verlust sitzen und machte sich zu einem Urlaub in die USA auf den Weg, von dem der Bankrotteur nie mehr an den Scherbenhaufen in der Helaba zurückkehrte. Und heute spielt er die Rolle des finanzpolitischen Hausvater, der andere nicht lautstark genug kritisieren kann, dabei auf das kurze Gedächtnis der Zeitgenossen und auf das Schweigen jener setzend, die es besser wissen müßten.

Richtigstellung

In unserer Broschüre „Leitfaden für Veranstaltungen rund um den EURO“ hat sich leider im Material-Bestellschein ein Druckfehler eingeschlichen. Die korrekten Bestelldaten lauten:

Bestell-Nr.: 2172

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,- DM
zzgl. MwSt.

Arbeitsplätze durch Haushaltsscheck und Steuervergünstigung

Mit erheblich verbesserten Steuervergünstigungen und Vereinfachungen bei den Arbeitgeberpflichten will die Bundesregierung die Beschäftigung sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer in Privathaushalten fördern. Diese Möglichkeiten schafft das Jahressteuergesetz 1997, das am 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist.

Dazu erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Die Beschäftigung von Arbeitnehmern in Privathaushalten ist in Deutschland immer noch unterentwickelt, obwohl es viel Nachfrage nach entsprechenden Dienstleistungen gibt. Die Bundesregierung fördert deshalb im Rahmen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Haushalt. Dazu wurde der Sonderausgaben-Höchstbetrag für den Abzug von Personalkosten bei der Einkommensteuer auf 18.000 DM im Jahr erhöht und das Verfahren für An- und Abmeldung bei der Sozialversicherung sowie die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge entscheidend vereinfacht.“

Das neue Verfahren und die steuerliche Förderung helfen den Familien mit Kindern, den berufstätigen Alleinerziehenden, den immer zahlreicher werdenden Älteren, die notwendige Hilfe aus der eigenen Familie nicht erhalten können, sowie erwerbstätigen Ehepaaren. Vor allem aber nutzen die neuen Möglichkeiten allen, die dadurch eine Arbeit mit Sozialversicherungsschutz erhalten.“

Statt bisher 12.000 DM können künftig pro Haushalt bis zu 18.000 DM Personalausgaben im Jahr für sozialversicherungs-

Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

Handeln
für mehr
Arbeitsplätze

Hilfe im Haushalt

Neu: Haushaltsscheck und
18.000 DM Sonderausgaben-
Höchstbetrag nutzen!

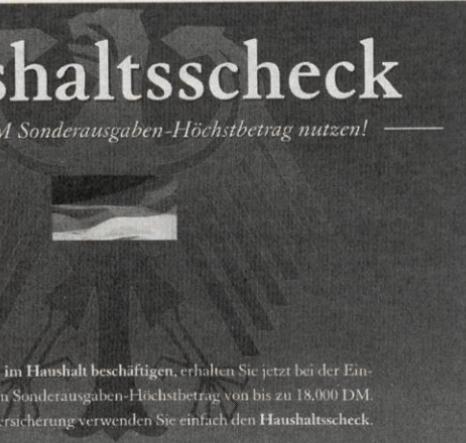
▲ Ausführliche Broschüre des Bundesarbeitsministeriums mit Beispielen und Steuertabellen

pflichtige Beschäftigung als Sonderausgaben-Höchstbetrag bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden. Gleichzeitig entfallen für den Sonderausgabenabzug die bisherigen Einschränkungen (zwei Kinder bzw. bei Alleinerziehenden ein Kind unter zehn Jahren im Haushalt oder Hilflosigkeit einer im Haushalt lebenden Person). Ab 1997 können also alle Privathaushalte diesen Steuervorteil nutzen.

Zur Erfüllung der Arbeitgeberpflichten gegenüber der Sozialversicherung – An- und Abmeldung des Arbeitnehmers, Berech-

nung der Sozialversicherungsbeiträge, Überweisung der fälligen Zahlungen – kann der Haushaltsscheck eingesetzt werden. Mit dem Scheck wird eine Einzugsermächtigung an die Krankenkasse erteilt, die die Sozialversicherungsbeiträge und die Umlagen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz berechnet und einzieht.

Den Haushaltsscheck gibt es ab Mitte Januar bei allen Krankenkassen, Arbeitsämtern und bei Banken und Sparkassen. An insgesamt 56.000 Stellen liegen dann Exemplare des Haushaltsschecks abholbereit. Schecks sowie eine erläuternde Broschüre (siehe Abbildung auf Seite 23) zum Haushaltsscheck mit Lohnsteuertabellen können



— Neu: 18.000 DM Sonderausgaben-Höchstbetrag nutzen! —

Wenn Sie jemanden im Haushalt beschäftigen, erhalten Sie jetzt bei der Einkommensteuer einen Sonderausgaben-Höchstbetrag von bis zu 18.000 DM. Und für die Sozialversicherung verwenden Sie einfach den Haushaltsscheck.

auch telefonisch bestellt werden unter der Rufnummer: **02 28/5 27-11 11** oder per Fax: **01 80/5 22 11 29**. Bei Fragen zum Haushaltsscheck-Verfahren hilft die Krankenkasse weiter. Außerdem hat das Bundesarbeitsministerium ein Bürgertelefon eingerichtet unter der Rufnummer: **01 80/5 22 11 80**.

Für die Krankenkasse

HAUSHALTSSCHECK

Arbeitgeber
(Auszahlender)

Name, Vorname

① Betriebsnummer

Anschrift

Beschäftigte/r
(Empfänger/in)

Name, Vorname

Anschrift

Beschäftigung beendet am:

② Tag Monat Jahr
[] [] []

Nein

Ja

mehrfach beschäftigt

[]

[]

③ Versicherungs-Nr.
der/des Beschäftigten

④ Geburtsdatum

[]

[]

[]

Dauer der
Beschäftigung
und
Arbeitsentgelt

④ Tag Monat Jahr

ab [] [] []

bis auf weiteres

⑤ Tag Monat Jahr

von [] [] []

6 DM

[]

Stundenzahl

[]

wöchentlich

oder ► von

[] [] []

bis [] [] []

⑥ Tag Monat Jahr

von [] [] []

6 DM

[]

Arbeits-

entgelt

[]

Gesamt-

Stundenzahl

[]

⑦ Krankenkasse

⑧

Hiermit bestätige ich die Richtigkeit der Angaben

Datum und Unterschrift Arbeitgeber

Datum und Unterschrift Beschäftigte/r

3

► Der neue
Haushaltsscheck mit
detaillierten
Erläuterun-
gen dazu,
wie er ge-
handhabt
wird

Christian Wulff:

Der Weg für mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Privathaushalt ist frei

„Ich freue mich sehr, daß es gerade auch dem beharrlichen Einsatz der Niedersachsen-CDU zu verdanken ist, daß die Möglichkeiten für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Privathaushalt nun erweitert worden sind“, sagte der Landesvorsitzende der CDU, Christian Wulff.

Wulff wies darauf hin, daß seit dem 1. Januar 1997 jeder, der eine Haushaltskraft bei sich zu Hause sozialversicherungspflichtig beschäftigt, die Kosten dafür im Rahmen des Sonderausgabenabzugs bis zu einer Höhe von 18 000 Mark im Jahr steuerlich geltend machen kann.

Wulff: „Damit ist der Hemmschuh, der bislang einer Ausweitung der sozial-

versicherungspflichtigen Beschäftigung im Privathaushalt entgegenstand, aus dem Weg geräumt.“

„Wir haben uns als Niedersachsen-CDU sowohl im Niedersächsischen Landtag als auch auf der Bonner Ebene zusammen mit der Frauen-Union immer wieder und nachdrücklich für eine stärkere steuerliche Berücksichtigung eingesetzt. Auch mit der Einführung eines von uns geforderten Haushaltsschecks haben wir Erfolg gehabt. Damit werden die organisatorischen Hürden für Beschäftigung im Privathaushalt ausgeräumt. Ich bin sicher, daß von diesen Neuregelungen ein deutlicher Impuls für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Privathaushalt ausgehen wird“, sagte Wulff abschließend.

Mehr Geld für Conterganopfer

Das Bundeskabinett hat am 14. Januar den Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Rentenerhöhung für Contergangeschädigte beschlossen. Danach sollen die sogenannten Contergan-Renten zum 1. Juli 1997 linear um 8 Prozent erhöht werden.

Die Rentenerhöhung trägt der Einkommens- und Preisentwicklung seit der letzten Erhöhung 1993 Rechnung. Sie bedeutet eine erhebliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation für die 2.871 Betroffenen. Damit steigt das Rentenvolumen

jährlich um rund 1,960 Millionen DM. Die bisherigen Zahlungen an die Contergangeschädigten belaufen sich auf mehr als eine halbe Milliarde DM. Hinzu kommen fast 170 Millionen DM, die als Zuschüsse zur Förderung von Behinderteneinrichtungen bewilligt wurden. Die Contergan-Renten haben keinen unterhaltssichernden, sondern ausschließlich entschädigungsrechtlichen Charakter.

Die Geschädigten erhielten bzw. erhalten je nach Schwere ihres Schadens eine einmalige Kapitalentschädigung sowie eine monatliche Rente, die nach der jetzt vorgenommenen Erhöhung zwischen 228 DM und 1.024 DM beträgt. ■

Modernisierungsschub in der Berufsausbildung

Ergebnis im Jahr 1996:

Bis zum 30. September 1996 registrierten die Kammern bundesweit 574.342 neu abgeschlossene Lehrverträge. Das sind knapp 1.600 oder 0,3 Prozent mehr als 1995.

Die Bilanz:

- Die Mobilisierung durch die Kanzlerrunden Anfang September 1996 hat sich gelohnt. Ende August mußte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, noch ein erhebliches bundesweites Lehrstellendefizit melden. Ende September wurde bundesweit ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage erreicht – wenn auch mit regionalen Unterschieden.
- In den neuen Ländern wurde die Zahl der betrieblichen Lehrstellen weiter erhöht. Die Wirtschaft hat die Zahl der neuen betrieblichen Lehrstellen gegenüber 1994 um 13 Prozent erhöht. Dies reichte jedoch nicht aus, jedem einen Ausbildungsplatz bis zum 30. September 1996 anzubieten.
- In den alten Ländern lag die Zahl der betrieblichen Lehrstellen in etwa auf dem Niveau des Jahres 1995. Auch wenn der erhoffte und zugesagte Zuwachs nicht erreicht wurde, so ist dies gemessen an der Situation im Sommer ein Erfolg.
- Der öffentliche Dienst hat mit bundesweit zwölf Prozent mehr Lehrverträgen als im Jahr 1995 seine Vorbildfunktion wahrgenommen. Schwierig ist dagegen die Entwicklung im Bau: Allein in der Stufenausbildung Bau gibt es fast 6.300 neue Lehrlinge weniger.

● Die großen Unternehmen haben zwischen 1991 und 1995 die Ausbildungsplätze mit minus 26 Prozent doppelt so stark abgebaut wie Beschäftigte. Nach Umfragen ist dieser Negativtrend jetzt gebrochen: Großunternehmen haben 1996 bei den neuen Lehrlingen erstmals wieder fünf Prozent mehr ausgebildet.

Im einzelnen:

1996 wurden in den neuen Ländern gut 125.000 neue Lehrverträge abgeschlossen, knapp 2.400 oder 1,9 Prozent mehr als 1995. Der Zuwachs ist auf ein Plus bei den betrieblichen Lehrverträgen zurückzuführen. Die Betriebe haben mit 104.242 Neuverträgen 2.100 Lehrlinge mehr als 1995 eingestellt. Gegenüber 1994 (knapp 91.900 Neuverträge) – dem Bezugsjahr für die Zusage der Wirtschaft – sind das rund 12.350 neue Lehrlinge oder 13 Prozent mehr. In dem betriebsnah organisierten Aktionsprogramm Lehrstellen Ost wurden bis 30. September 1996 knapp 5.500 neue Lehrverträge abgeschlossen. Dank dieser Neuausrichtung der Bundesländer-Förderung ist die Zahl der außerbetrieblich abgeschlossenen Lehrverträge um über 5.000 auf knapp 15.300 gesunken (minus 25 Prozent).

In den alten Ländern gab es mit über 449.300 neuen Lehrverträgen eine knappen Gleichstand mit 1995 (rund 800 Verträge weniger als im Vorjahr).

Nach Auskunft von Gesamtmetall hat der Bayerische Verband der Metall- und Elektroarbeitergeber kurzfristig rund 900 zusätzliche Lehrstellen in zukunftsfesten Metall- und Elektroberufen organisiert und finan-

ziert. Nur knapp 130 konnten besetzt werden. Und: Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages haben allein im Bereich Industrie und Handel rund 5.000 junge Leute, die einen Ausbildungsvertrag in der Tasche hatten, ihre Lehre nicht angetreten.

Perspektive für 1997:

1997 werden voraussichtlich 13.000 Lehrstellen mehr gebraucht, also insgesamt 630.000 Lehrstellen. Ausbildung muß in allen Betrieben und Verwaltungen Chefsache sein. Wer aus kurzfristigen Kostenwägungen nicht kontinuierlich ausbildet, verliert mittelfristig seine Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt zahlreiche gute Beispiele für verantwortungsvolle und zukunftsorientierte „Chefentscheidungen“. Diese Beispiele verdienen öffentliche Anerkennung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird eine Initiative starten, die dies noch deutlicher macht.

Auch Verbraucher und Kunden tragen Verantwortung und können durch ihre Entscheidungen unternehmerisches Verhalten beeinflussen. In den 80er Jahren haben Betriebe mit dem Logo „Wir bilden aus“ ihr Engagement und ihre Vorbildfunktion deutlich gemacht. Das wird 1997 wiederholt. Der Kunde soll wissen, welcher Betrieb Zukunft für sich selbst, die Jugend und den Wirtschaftsstandort sichert.

Die Kammern müssen den notwendigen Lehrstellenzuwachs durch nachhaltige Aktivitäten in den Regionen unterstützen. Vor allem den kleinen Betrieben und Existenzgründern muß beim Einstieg in die Ausbildung geholfen werden. Hier liegt das Hauptpotential für neue Ausbildungsplätze. Mit dem Programm „Ausbildungspatzentwickler“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sind in den neuen Ländern hervorragende Erfahrungen gemacht worden. 150 Entwickler haben dort rund 12.000 betriebliche Plätze eingeworben und damit einen Einbruch

Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt

Stand: 30. September 1996

	Deutschland	West	Ost
1. Lehrstellenangebot			
a) neue Verträge	574.342 ¹⁾	449.314	125.028 ¹⁾
b) offene Plätze	42.841 ²⁾	33.866	8.975 ²⁾
Lehrstellenangebot insgesamt:	617.183	483.180	134.003
2. Lehrstellennachfrage			
a) neue Verträge	574.342	449.314	125.028 ²⁾
b) unvermittelte Bewerber	38.458	24.637	13.821
Lehrstellennachfrage insgesamt:	612.800	473.951	138.849

¹⁾ davon, in den neuen Ländern, einschl. des Ost-Teils von Berlin: 104.242 betriebliche Verträge, 11.886 außerbetriebliche Plätze nach AFG § 40 c
3.403 außerbetriebliche Plätze nach Gl-Ost 1995 (ohne rd. 490 Stellen in West-Berlin), 5.497 Plätze der Zukunftsinitiative Ost (ohne rd. 940 Stellen in West-Berlin)

²⁾ davon: rd. 1.100 betriebliche Plätze und rd. 7.900 Plätze der Zukunftsinitiative Ost
Daten: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stand: 30. Dezember 1996, sftab218

der Ausbildung trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage erfolgreich abgewendet. Dieses erfolgreiche Modell müssen die Kammern im Westen jetzt aufgreifen und in eigener Verantwortung intensiv einsetzen.

Besonders wichtig ist, daß die Tarifpartner im eigenen Interesse ihre gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen. Die Tarifpartner in der Metall- und Elektroindustrie Niedersachsens haben kürzlich vorbildlich fünf Prozent mehr Ausbildungsplätze für das Jahr 1997 vereinbart. Es ist unverständlich, warum dies nicht auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wurde. Das private Bankgewerbe Westdeutschlands hat eine Clearingstelle zur Vermittlung von Auszubildenden nach erfolgreicher Abschlußprüfung geschaffen und sich verpflichtet die Zahl der Ausbildungsplätze um sieben Prozent im Jahre 1997 zu erhöhen.

Die CDU-geführte Bundesregierung wird die Anstrengungen der Unternehmen weiter flankieren. Mit einem nachhaltigen Modernisierungsschub in der Berufsausbildung wird sichergestellt, daß der strukturelle Wandel hin zu den Dienstleistungen rascher als bisher zu neuen Ausbildungsplätzen in wachsenden Beschäftigungsfeldern führen kann.

1997 wird das umfassendste Modernisierungspaket seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 1969 umgesetzt. In drei neuen Medienberufen kann seit dem 1. August 1996 ausgebildet werden (Mediengestalter Bild und Ton; Film- und Videoeditor sowie die neue Fachrichtung Medienoperator beim Werbevorlagenhersteller). In 14 neuen Berufen kann ausgebildet werden. Dazu zählen Berufe im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik wie der IuK-Systemelektroniker, der Fachinformatiker, der IuK-System-Kaufmann sowie der Informatikkaufmann. 19 bestehende Ausbildungsberufe wurden 1996 modernisiert. 1997 wird mit Hochdruck weiter gearbeitet: 35 modernisierte Ausbildungsordnungen werden in Kraft treten.

Neue zweijährige Ausbildungsberufe

Insgesamt wird derzeit an der Modernisierung von rund 90 Berufen mit etwa 500.000 Auszubildenden gearbeitet. Durch neue zweijährige Ausbildungsberufe sowie mehr Stufenausbildungsberufe sollen die betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten für stärker praxisbegabte Jugendliche erweitert werden. Neue zweijährige Ausbildungsberufe können nun eingeführt werden, da die Bundesländer ihren Widerstand endlich aufgegeben haben.

Frischluft e.V.-Seminar: Jugendkultur in Wien

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. führt vom 27. 3.-31. 3. 1997

(Ostern) ein Kulturseminar in Wien für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren durch. Vorgesehen sind sowohl historisch-kulturelle als auch bildungspolitische Programmpunkte. Die Hauptstadt von Österreich an der

Donau hat zahlreiche Museen, Theater und historische Bauten zu bieten, darunter das Wahrzeichen der Stadt, den Stephansdom, sowie viele Schlösser und Palais. Nähere Informationen, Programme und Einladungen sind zu erhalten bei: Frischluft e.V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/31 00 23, Fax: 02 28/31 47 03.

1997 – Keine Chance für Organisierte Kriminalität

Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen muß intensiviert werden. Die bisherigen Maßnahmen, namentlich das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, das Geldwäsche- und das Verbrechensbekämpfungsgesetz, haben zwar Wirkung gezeigt; sie reichen aber nicht aus.

Es verbleibt – auch über die Entwürfe des Korruptionsbekämpfungs-, des BKA-Gesetzes und des Gesetzes zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung hinaus – gesetzgeberischer Handlungsbedarf:

1. Es fehlt bis heute eine Regelung der Wohnraumüberwachung zur Beweismittelgewinnung in Wohnungen, des sog. „Großen Lauschangriffs“. Es reicht nicht, daß sich die Koalitionäre auf eine Neuregelung verständigen, wie im Juni geschehen. Wir brauchen einen interfraktionell konsensfähigen Gesetzentwurf. Denn die SPD muß der Änderung zustimmen, da diese wegen der gebotenen Grundgesetzänderungen der Zweidrittelmehrheit bedarf. Der Gesetzentwurf sollte auch die Wohnraumüberwachung mit optischen Mitteln regeln.

2. Wir müssen zudem die Einziehung auch der Vermögenswerte gewährleisten, deren legale Herkunft der Straftäter nicht nachweisen kann. Zwar ist im Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung ein erster Schritt getan, damit „verdächtiges Geld“ besser aus dem Verkehr gezogen werden kann:

Seine Sicherstellung soll künftig bereits dann möglich sein, wenn „Gründe“ für die Annahme des späteren Verfalls oder die

Einziehung der Vermögensvorteile vorliegen. Wir bleiben jedoch gefordert zu prüfen, ob diese Rechtsänderung ausreicht oder ob die Einziehungsvorschriften mit dem Ziel einer Beweislastumkehr zu novellieren sind. Unredlich ist allerdings,

**Von Erwin Marschewski,
innenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion**

diese Forderung mit dem „Großen Lauschangriff“ zu verbinden, wie die SPD dies angekündigt hat.

3. Die strafprozessualen Regelungen zur Telefonüberwachung müssen angepaßt werden. Insbesondere muß die Telefonüberwachung gemäß § 100 a StPO auch bei Geldwäsche, Korruption und Schlepperkriminalität ermöglicht werden.

4. Wir müssen zudem versuchen, Korruptionsgeflechte aufzudecken. Eine Möglichkeit hierzu besteht darin, daß wir Korrumpten einen Anreiz geben, aus dem Kreislauf von Korruption auszusteigen. Deshalb brauchen wir eine „Kronzeugenregelung“ auch für Korruptionsdelikte, die es ermöglicht, aussagebereite Täter milder zu bestrafen.

5. Die Chancen für verdeckte Ermittler, in die Szene einzudringen, müssen verbessert werden. Deshalb muß verdeckten Ermittlern, denen es gelungen ist, an die Szene heranzukommen, die Möglichkeit gegeben werden, dort unauffällig zu agieren.

ren. Dies setzt milieugerechtes Verhalten voraus. Also müssen verdeckten Ermittlern milieubedingte Normverletzungen zugestanden werden.

6. Ergibt sich bei einer Verdachtsanzeige wegen Geldwäsche, daß der beabsichtigten Finanztransaktion eine schwere Steuerhinterziehung zugrunde liegt, so sollten aufgrund der Verdachtsanzeige auch Steuerstraftaten verfolgt werden.

7. Die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes sollten zudem erweitert werden auf Vorfeldermittlungen, damit das BKA schon vor der Schwelle eines strafprozeßualen Anfangsverdachts die Möglichkeit hat, Sachverhalte zu klären, um die Begehung von Straftaten zu verhindern.

8. Schließlich sind die Überlegungen zu intensivieren, den Verfassungsschutz in die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzubeziehen, wie dies heute bereits in Bayern der Fall ist.

9. Darüber hinaus müssen Lücken bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs in modernen Telekommunikationssystemen geschlossen werden.

● Es bedarf einer Ermächtigungsgrundlage im Außenwirtschaftsgesetz, damit in Mail- und Voice-Boxen gespeicherte Informationen überwacht werden können.

● Die Ermächtigungsnormen für Maßnahmen der Fernmeldeüberwachung in der StPO, dem Außenwirtschaftsgesetz und dem G 10 müssen so erweitert werden, daß sie nicht nur für „öffentliche Netze“, sondern auch bei Formen der Kommunikation innerhalb geschlossener Benutzergruppen, sog. corporate-networks, gelten.

● Bei Nutzung im voraus bezahlter Telefonkarten für den Mobilfunk, sog. Debit-Karten, fehlt es bei abgehenden Gesprächen an einer Rufnummer, die über-

wacht werden könnte, so daß die Überwachungsmöglichkeit hier nicht sichergestellt ist. Hier ist ein Lösungsansatz zu erarbeiten.

● Im Hinblick auf die Möglichkeiten der Nutzung ausländischer Mobilfunkkarten im Inland bei sog. roaming-Abkommen sowie der Nutzung satellitengestützter Kommunikationssysteme, bei denen es keine Bodenstation in Deutschland gibt, sind die Rechtshilfebeziehungen mit dem Ausland zu verbessern, damit Teilnehmer ermittelt werden können.

● Schließlich bedarf es einer eindeutigen Rechtsgrundlage, wenn Bewegungsbilder der Nutzer von Mobilfunk erstellt werden sollen.

Die organisierte Kriminalität bedient sich der modernsten Technik. Sie weiß alle gesetzlichen Lücken zu nutzen. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, diese Lücken schnell und entschieden zu schließen.

Personalie

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Erwin Marschewski**, ist mit Wirkung vom 1. Januar zum neuen Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission gewählt worden. Diesem Gremium des Deutschen Bundestages obliegt es, über die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit der Nachrichtendienste des Bundes zu wachen. Die Mitglieder der PKK sind in ihrer Amtsführung unabhängig und nicht weisungsbunden.

Marschewski bezeichnet es als wichtigste Aufgabe der PKK, den Bundesnachrichtendienst zu reformieren: Mehr Flexibilität, mehr Kreativität, weniger Bürokratie, aber auch mehr Transparenz seien vonnöten.

Neues Asylrecht zeigt Erfolge

Zu den aktuellen Asylbewerberzahlen erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die geltende Neuregelung des Asylrechts hat sich bewährt. Sie hat zu einer positiven Entwicklung geführt. Die drei Eckpfeiler des Asylkompromisses – Drittstaatenregelung, Herkunftsstaatenregelung und Flughafenregelung – haben sich als wirksam erwiesen. Im Zusammenhang mit effizienten Grenzkontrollen sichern sie die Wirksamkeit der Asylrechtsneuregelung.

Grund zur Zufriedenheit besteht dennoch nicht. Absicht des neuen Asylrechts war es, den Mißbrauch des Asylrechts als Mittel zu illegaler Zuwanderung zu verhindern. Nur der tatsächlich politisch Verfolgte sollte Schutz in Deutschland finden. Die geringe Anerkennungsquote von 7,4 % zeigt jedoch, daß weiterhin die Mehrheit der Asylsuchenden nicht wegen politi-

scher Verfolgung, sondern aus asylfremden Gründen nach Deutschland kommt. Deutschland ist für viele Menschen aus älteren Staaten ein attraktives Ziel.

Nicht Fremdenfeindlichkeit prägt Deutschland, sondern überdurchschnittliche Leistungen an die hier um Schutz Nachsuchenden sind der Grund für die Zuwanderung. Wir können die illegale Zuwanderung nur dann in den Griff bekommen, wenn wir Mißbrauch entschieden verhindern, wenn wir illegal Eingereiste tatsächlich abschieben. Diese Forderung richtet sich namentlich an die rot-grün regierten Länder, die diesem Gebot nicht ausreichend Rechnung tragen.

Die durch die Zahl der nicht anerkannten Asylbewerber belegte Größenordnung der illegalen Zuwanderung zeigt schließlich auch, wie wenig realitätsnah die Forderung eines Einwanderungsgesetzes ist.

Asylbewerberzahlen für das Jahr 1996

Im gesamten Jahr 1996 haben 116 367 Personen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Asyl beantragt.

Gegenüber dem Vorjahr (127 937 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber damit um 11 570 Personen (9,0 Prozent) gesunken. Der jährliche Zugang von Asylbewerbern hat 1996 den niedrigsten Stand seit der Asylrechtsreform erreicht (1992: 438 191; 1993: 322 599).

Zu den Zahlen erklärte Bundesinnenminister Manfred Kanther: Die Asyl-

bewerberzahlen für das Jahr 1996 verdeutlichen, daß sich der mit der Asylrechtsreform 1993 eingeschlagene Weg bewährt hat. Die strikte Anwendung des neuen Asylrechts muß unverändert konsequent fortgeführt werden. Der Zustrom von Asylbewerbern ist nach 438 191 Asylbewerbern im Jahre 1992, 1993: 322 599, 1994: 127 210, 1995: 127 937 im Jahre 1996 um mehr als zwei Drittel zurückgegangen. Trotz dieser Entwicklung ist die Zahl derjenigen, die Monat für Monat in Deutschland Asyl beantragen, noch immer zu hoch.

Für die Fortführung eines Quotensystems auch nach 2000

Zur zukünftigen Milchpolitik erklärten der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU, Reimer Böge MdEP und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB:

Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik der CDU spricht sich für die Fortführung eines Quotensystems auch nach dem Jahr 2000 aus. Eine Änderung der Marktordnung, die in Richtung Weltmarktpreise führt, lehnen wir ab. Deutschland und Europa haben – weder was Umwelt- und Tierschutzauflagen noch was die klimatischen Verhältnisse anbelangt – Weltmarktproduktionsbedingungen. Jedem, der mit einer Abschaffung des Quotensystems sympathisiert, muß gesagt werden, daß im Falle der Freigabe des Milchmarktes in Europa mit drastischen Preiseinbrüchen zu rechnen ist.

Der Milchmarkt, aus dem zusammen mit der daran hängenden Fleischproduktion 60 Prozent des Einkommens der deutschen Landwirtschaft kommt, verträgt keine Experimente. Wohl aber muß die innere Ausgestaltung des Quotensystems ab dem Jahr 2000 völlig anders aussehen. Wir wollen die wirtschaftenden Betriebe stärken und ihnen Entwicklungschancen eröffnen.

Der Quotenübergang muß weiter über den Markt erfolgen, ein Lieferrechtssystem mit Pool-Bildung ist keine Lösung, da Umgehungstatbestände vorprogrammiert sind, und weder Staat noch Molkereien, noch Berufsstand willens und in der Lage sind, die Quoten gerecht zu verteilen. Der Quotenübergang muß aber innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems erleichtert werden. Die Quote darf nicht zu teuer

sein, und das System darf insgesamt den Strukturwandel nicht behindern. Deshalb wollen wir möglichst schnell eine Klärung der Frage, ob ein Verpachtungsverbot für die deutsche Landwirtschaft sinnvoll und rechtlich machbar ist.

Die Flächenbindung der Referenzmenge soll aufgehoben werden. Das schafft mehr Markt. Die umweltfreundliche Flächenbindung der Tierhaltung ist in den landwirtschaftlichen Fachgesetzen festgeschrieben und wird hiervon nicht berührt.

Wir fordern eine schnelle Entscheidung über die Zukunft der Milchmarktordnung in Brüssel. Die deutschen Bauern brauchen Sicherheit für ihre betrieblichen Entscheidungen.

Wir verlangen darüber hinaus, daß die Milchgarantiemengenregelung endlich konsequent von EU-Kommission sowie EU-Partnerländern angewandt wird. Bei konsequenter Ausgestaltung der Exportpolitik dürfte ein drei bis vier Pfennig höherer Milchpreis zu erzielen sein.

Für die neuen Bundesländer ist die Verlängerung der Sonderregelungen bis zum Jahr 2000 unser vordringlichstes Ziel. Nach der Entscheidung in Brüssel über die zukünftige Ausgestaltung der Milchmarktordnung wird schnellstens zu prüfen sein, wie die Zusammenführung der unterschiedlichen Regime in Ost und West im Rahmen des neuen Rechts erfolgen kann.

Zu einer zukunftsweisenden Milchpolitik gehört neben der verantwortungsvollen Ausgestaltung der Milchmarktordnung auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen. ■

Bestellschein

– Außenwerbemittel –

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Abt. Öffentlichkeitsarbeit
 Herrn Geiser
 Friedrich-Ebert-Allee 73–75
 53113 Bonn

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Fax (02 28) 544-3 72

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	Dreieckständer, DIN A1, Höhe 1,39 m ohne PVC-Scheiben mit PVC-Scheiben	113,– DM 148,– DM	
	Dreieckständer, DIN A1, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben mit PVC-Scheiben	119,– DM 152,– DM	
	Dreieckständer, DIN A0, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben mit PVC-Scheiben	148,– DM 202,– DM	
	Mastanhänger, DIN A1, mit PE-Hülle und Pappträgerplatte	13,50 DM	
	Ersatz PE-Hülle mit Stäben	3,40 DM	
	Schnellspannband für Mastanhänger	0,85 DM	
	Klebeband (glasfaserverstärkt), 50 m	4,50 DM	
	Dachständer, DIN A1, ohne Scheiben	71,– DM	
	DIN A1, mit Scheiben	124,– DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	94,– DM	
	DIN A0, mit Scheiben	179,– DM	
	Einzelstellfläche, DIN A1	25,– DM	
	DIN A0	34,50 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten.

Datum

Unterschrift

Außenwerbemittel

● Dreieckständer

Der Dreieckständer besteht aus einem vollverzinkten Stahlrohrgestänge, das mit Kunststoff-Schellen verbunden ist. Die Plakatflächen bestehen serienmäßig aus 7,5 mm starken Spanplatten.

Bei den Modellen mit PVC-Scheiben werden die Plakate einfach hinter die Scheiben geschoben, wodurch das Festkleben entfällt. Die Plakate sind dadurch vor Witterungseinflüssen geschützt.

● Mastanhänger

Die preiswerteste Plakatfläche im Format DIN A1 ist nach wie vor der Mastanhänger. Zum Lieferumfang gehört jeweils ein Masthalter sowie eine PPE-Hülle mit Kunststoffstäben und Pappträgerplatte. Durch den Einsatz der PPE-Hülle entfällt das Festkleben der Plakate. Die Befestigung des Mastanhängers erfolgt wahlweise mit glasfaserverstärktem Klebeband oder mit zwei Schnellspannbändern. (Bei lackierten Laternenmasten sollte die Befestigung nicht mit Klebeband erfolgen, damit die Lackierung der Laternenmasten nicht beschädigt wird.)



△ Mastanhänger

● Einzelstellflächen

Eine kostengünstige Alternative zum Dreieckständer ist die Einzelstellfläche. Der Einsatz empfiehlt sich besonders dann, wenn z. B. an einer Straße das Plakat sowieso nur aus einer Richtung gesehen werden kann.

Die Einzelstellfläche besteht aus verzinktem Stahlrohrgestänge, kombiniert mit einer 4-mm-Hartfaserplatte.

Die Befestigung erfolgt durch gewöhnlichen Bindedraht.

Unser Tip: Empfehlenswert ist die Anschaffung von zwei PPE-Hüllen je Mastanhänger. Dadurch können Sie die PPE-Hüllen bereits in der Geschäftsstelle mit dem neuen Plakat bestücken, und der Motivwechsel am montierten Mastanhänger nimmt weniger Zeit in Anspruch.

● Dachständer

Der Dachständer wird überwiegend im Fußgänger-Bereich als sogenannter Kundenstopper eingesetzt. Das heißt er wird gegen die Laufrichtung der Passanten aufgestellt und durch seine leicht angewinkelte Form automatisch im Vorbeigehen wahrgenommen.

Wahlweise kann der Dachständer mit oder ohne PVC-Scheiben bestellt werden.



△ Dreieckständer



△ Einzelstellfläche



△ Dachständer

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

CDU-Pavillon mit Füllständern



● CDU Pavillon inkl. 1 Seitenteil

Bestell-Nr.: 0924

Verpackungseinheit: 1 Pavillon

Preis je Pavillon: 239,- DM zzgl. MwSt.

● Füllständner für Pavillon/Sonnenschirm

Bestell-Nr.: 0459

Verpackungseinheit: 1 Ständer

Preis je Pavillon: 12,80 DM zzgl. MwSt.

Ud

1/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.

Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.